

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)

.....	11989, 11994, 11999
Dr. Manfred Sohn (LINKE)	11990, 11996
Renate Geuter (SPD)	11991
Christian Grascha (FDP)	11993, 11994
Heinz Rolfes (CDU)	11995, 11997
Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport	11997, 11999
Beschluss	12000

(Erste Beratung: 75. Sitzung am 11.06.2010)

Tagesordnungspunkt 10:

Abschließende Beratung:

Gleiche Zugangschancen für doppelte Abjahrgänge auch für Medizinstudienplätze - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2863 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 16/3117

.....	12000
Dr. Gabriele Andretta (SPD)	12000, 12001, 12006
Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP)	12001
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)	12002
Victor Perli (LINKE)	12002
Almuth von Below-Neufeldt (FDP)	12003, 12004
Swantje Hartmann (CDU)	12004, 12006
Professorin Dr. Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft und Kultur	12006
Beschluss	12008

(Erste Beratung: 85. Sitzung am 07.10.2010)

Tagesordnungspunkt 11:

Abschließende Beratung:

a) **Gegen eine Diskreditierung linker Gesellschaftsentwürfe durch die Gleichsetzung mit rechtsextremistischen Gesellschaftsvorstellungen** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2288 neu - b) **Extremismus weiter konsequent bekämpfen - keine pauschale Gleichsetzung!** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2989 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 16/3119.....

.....	12008
Pia-Beate Zimmermann (LINKE)	12008, 12014
Sigrid Leuschner (SPD)	12010, 12017
Angelika Jahns (CDU)	12012, 12015
Wolfgang Jüttner (SPD)	12013
Helge Stefan Limburg (GRÜNE)	12014, 12018, 12020
Jan-Christoph Oetjen (FDP)	12016, 12018
Kreszentia Flauger (LINKE)	12017
Ansgar-Bernhard Focke (CDU)	12019
Beschluss	12020

(Zu a: Erste Beratung: 67. Sitzung am 18.03.2010)
(Zu b: Ohne erste Beratung überwiesen in der 89. Sitzung am 12.11.2010)

Tagesordnungspunkt 12:

Abschließende Beratung:

a) **Atomkraftwerke in Niedersachsen: Studie zu Krebserkrankungen bei Kindern zwingt zum Handeln - Wirkung von Niedrigstrahlung neu bewerten!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/113 - b) **Lebensbedrohliche Krankheiten im Umfeld von AKWs! - Zusammenhänge sofort überprüfen** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1644 - c) **Aufklärung der Leukämiefälle in der Elbmarsch vorantreiben: Neue Bodenproben unter notarieller Aufsicht erheben und analysieren!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2698 - d) **Forschung zu Ursachen kindlicher Leukämien fortsetzen** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2990 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration - Drs. 16/3118.....

.....	12021
Norbert Böhlke (CDU)	12021, 12026
Petra Emmerich-Kopatsch (SPD)	12022, 12028
Petra Tiemann (SPD)	12023
Miriam Staudte (GRÜNE)	12024, 12032
Patrick-Marc Humke (LINKE)	12026, 12027
Roland Riese (FDP)	12027, 12029
Stefan Wenzel (GRÜNE)	12029
Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration	12030
Uwe Schwarz (SPD)	12031
Kurt Herzog (LINKE)	12032
Beschluss	12032

(Zu a: Erste Beratung: 6. Sitzung am 08.05.2008)
(Zu b: Direkt überwiesen am 16.09.2009)
(Zu c: Erste Beratung: 79. Sitzung am 19.08.2010)
(Zu d: Erste Beratung: 88. Sitzung am 11.11.2010)

Tagesordnungspunkt 13:

Abschließende Beratung:

Förderung des grenzüberschreitenden Stromhandels - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2987 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz - Drs. 16/3216.....

.....	12033
Dr. Gero Clemens Hocker (FDP)	12033
Rolf Meyer (SPD)	12034
Kurt Herzog (LINKE)	12035
Martin Bäumer (CDU)	12036
Stefan Wenzel (GRÜNE)	12038
Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz	12039
Beschluss	12039

(Erste Beratung: 89. Sitzung am 12.11.2010)

Nächste Sitzung	12039
-----------------------	-------

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Limburg möchte antworten. Er hat anderthalb Minuten. Bitte schön! - Ich bitte um etwas Ruhe.

(Jens Nacke [CDU]: Waren Sie als Referent auf dem Seminar?)

Helge Stefan Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Zunächst zum Seminar der Grünen Jugend: Herr Kollege Focke, die Seminare der Grünen Jugend sind immer auch für Nichtmitglieder offen.

(Jens Nacke [CDU]: Na denn! Aber erst ab 18! - Heiterkeit bei der CDU)

Wenn Sie großes Interesse haben, lasse ich Ihnen beim nächsten Mal eine Einladung zukommen.

Was bei dem besagten Seminar konkret passiert ist, kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich aus terminlichen Gründen nicht dabei war. Ich kann Ihnen aber versichern, dass die Referentinnen und Referenten eine sehr differenzierte Auseinandersetzung mit Sexualität, mit Politik und Sexualität - - -

(Heiterkeit bei der CDU)

- Also bitte! Meine Damen und Herren, das Sexualstrafrecht ist natürlich ein Bereich, der auch die Politik interessiert. Auch der Justizminister hat neulich darüber referiert. Ich weiß gar nicht, was es da zu lachen gibt. Darüber hat also eine Auseinandersetzung stattgefunden. Einzelheiten würde ich Sie bitten, beim Landesvorstand der Grünen Jugend anzufordern.

(Jens Nacke [CDU]: Wir wollen die Einzelheiten wirklich nicht wissen! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Entschuldigung, Herr Limburg! - Wir sollten einmal für 30 Sekunden Ruhe einkehren lassen; denn sonst ist Ihre Redezeit nachher vorbei, ohne dass Sie die Chance hatten zu antworten. - Bitte schön!

Helge Stefan Limburg (GRÜNE):

Zum Seminar der Jungen Union Köln, Herr Focke, kann ich Ihnen gerne die Dokumente aus der Antwort des Bundesministeriums auf die Frage des Kollegen Kindler zur Verfügung stellen. Sie können das aber auch im Internet, z. B. bei *Spiegel online*, nachlesen.

Geplant hatte die Junge Union Köln eine Reise gegen Linksextremismus. Diese Reise enthielt aber wesentliche Elemente einer Vergnügungsfahrt. Der einzige politische Anteil sollte ein Besuch in einem besetzten Haus werden.

Ich muss dazu sagen - das konnte ich vorhin in der Kürze der Zeit nicht tun; insofern haben Sie recht -, dass diese Reise nicht stattgefunden hat. Sie hat aber nicht deshalb nicht stattgefunden, weil man zur Einsicht gelangt war, sondern weil der Kollege Kindler und andere öffentlich massiv kritisiert haben, was dort mit öffentlichen Mitteln geplant war. Auch das sollten Sie im Interesse der Wahrheit hier darstellen.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor, sodass wir die Beratung schließen und zur Abstimmung kommen können.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die Nr. 1 der Beschlussempfehlung. Dabei geht es um den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP.

Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 16/2989 unverändert annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Nr. 2 der Beschlussempfehlung. Dabei geht es um den Antrag der SPD-Fraktion.

Wer der Nr. 2 des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2288 (neu) ablehnen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch hier war das Erste die Mehrheit.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Abschließende Beratung:

a) **Atomkraftwerke in Niedersachsen: Studie zu Krebserkrankungen bei Kindern zwingt zum Handeln - Wirkung von Niedrigstrahlung neu bewerten!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/113 - b) **Lebensbedrohliche Krankheiten im Umfeld von AKWs! - Zusammenfassung**

menhänge sofort überprüfen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1644 - c) **Aufklärung der Leukämiefälle in der Elbmarsch vorantreiben: Neue Bodenproben unter notarieller Aufsicht erheben und analysieren!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2698 - d) **Forschung zu Ursachen kindlicher Leukämien fortsetzen** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2990 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration - Drs. 16/3118

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, die Anträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen und den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP unverändert anzunehmen.

Ich eröffne die Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich für die CDU-Fraktion Herr Kollege Böhlke. Bitte schön!

Norbert Böhlke (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 11. November 2010 haben wir uns anlässlich der Einbringung des CDU/FDP-Antrags zuletzt mit den auf der Agenda stehenden Themen inhaltlich befasst. Die Debattenbeiträge der Sprecher aller Fraktionen zeigten, auch mit Hinweis auf die weiteren vorliegenden Anträge der Oppositionsfraktionen, deutlich unterschiedliche Auffassungen auf. Diese haben sich während der Ausschussberatungen auch nicht wesentlich verändert.

Meine Damen und Herren, zu Beginn meiner Ausführungen lege ich besonderen Wert auf die Feststellung, dass es bei den Aussagen der Fraktionen allerdings auch Übereinstimmung gibt. Für die CDU und, ich glaube, auch für die FDP gilt ausdrücklich unsere Aussage, dass jedes Kind, das an Leukämie erkrankt ist, ein Kind zu viel ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben keinen Zweifel daran, dass sich dieser Aussage auch alle anderen Fraktionen verpflichtet fühlen. Wir halten uns auch an die verbindliche Zusage, die wir gegenüber den Eltern und auch den Kindern insbesondere in der Elbmarsch zum Ende der letzten Legislaturperiode getätigt haben, nämlich ihnen zur Seite zu stehen, um eine verbindliche und überzeugende Antwort auf die Frage zu erhalten, welche Gründe für diese Erkrankungen verantwortlich sind.

Nach über 20 Jahren Forschung und Studien wird deutlich, dass bis heute keine schlüssigen und auch keine überzeugenden Antworten auf die Frage gegeben werden können, welches die Ursachen für diese Leukämieerkrankungen bei den Kindern sind, ob es tatsächlich die von einigen vermuteten Kernkraftanlagen in Krümmel sind oder ob es andere Ursachen für diese Erkrankungen geben kann.

Genau an dieser Stelle setzen wir mit unserem Antrag „Forschung zu Ursachen kindlicher Leukämie fortsetzen“ an.

Ich betone noch einmal: Wir wollen mit Nachdruck eine Ursachenforschung voranbringen. Bei der Bearbeitung unseres Antrags wurde uns immer deutlicher, dass wir zur Beantwortung dieser Fragen nicht isoliert die Fälle in Niedersachsen betrachtet können, sondern dass wir es hier mit einem Bundes- und sogar einem europäischen Thema zu tun haben. Deshalb setzen wir auf die Kooperation und die Zusammenarbeit auf diesen Ebenen, allein schon wegen der zur Verfügung stehenden, der noch zu erhebenden und auch der zu bewertenden Datenmaterialien. Von daher wäre es aus unserer Sicht unverantwortlich, den Blick isoliert auf Niedersachsen zu richten und nicht die Erkenntnisse aus dem In- und Ausland entsprechend zu berücksichtigen und zu nutzen.

Wer die Debattenbeiträge der einzelnen Fraktionen zu unserem Antrag aus dem November-Plenum nachliest, der wird feststellen, dass wir in der öffentlichen Beratung sehr schnell in unsere typischen Rollenspiele zurückgefallen sind.

So unterstellte Frau Staudte für die Grünen, dass CDU und FDP den Antrag in Wahrheit nur gestellt hätten, um die Ursachenforschung zu beenden. Herr Humke stellte für die Linken fest, dass der Antrag nur von Diskussionen ablenken solle, und verwies auf vermutete Vorgänge aus dem Jahr 1986 beim Forschungsreaktor Geesthacht. Er bezog sich dabei auf Wissenschaftler wie z. B. Herrn Dr. Pflugbeil, die die Auffassung vertreten, dass die Hauptursache des Leukämieclusters in der Elbmarsch in geheim gehaltenen kerntechnischen Sonderexperimenten auf dem GKSS-Gelände begründet sei. Diese Mär, meine sehr verehrten Damen und Herren, stammt übrigens noch aus alten DDR-Zeiten und wurde zuerst in Ostberlin geäußert.

Die SPD-Fraktion reagierte flexibler. Sie machte während der Beratungen im November den Vorschlag, über den Antrag von CDU und FDP noch

während der Plenarsitzung abzustimmen. Sie wollte diesen Antrag unterstützen, da, wie gesagt, nichts Falsches darin stehe. Sie machte allerdings deutlich, dass der Antrag von CDU und FDP nach Auffassung der SPD zu schlank und daher ihr Antrag, der SPD-Antrag, entsprechend zu berücksichtigen sei. Deshalb erwartete die SPD auch eine entsprechende Zustimmung zu ihrem Antrag aus Kreisen der Regierungskoalition.

Behauptet wurde auch, dass - falls CDU und FDP dem Ansinnen der SPD nicht folgten - bewiesen sei, dass Eltern und Kinder im Regen stehen gelassen würden, weil man sich des Themas nicht so, wie vorgestellt, annehmen würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, wir sind hier nicht auf einem persischen Basar. Wenn es denn so ist, dass nunmehr eine politische Entscheidung zu treffen ist - wir sehen diesen Zeitpunkt als gegeben an -, dann sind auch die Anträge abschließend zu beraten.

Es überrascht uns natürlich nicht, dass entgegen der Ankündigung der SPD-Fraktion während der letzten Aussprache, dass der Antrag von CDU und FDP zu unterstützen ist, mittlerweile doch seine Ablehnung signalisiert wird.

(Björn Thümler [CDU]: Was?)

Hier geht es also nicht darum, sachbezogen zu entscheiden, sondern es geht um politisches Geschachere. Dabei machen wir aber nicht mit. Deshalb ist es eben so wichtig, dass wir diese Ebene verlassen, um auf Bundes- und Europaebene die dringend notwendigen Antworten zu erarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Wie bereits in den Ausschussberatungen verdeutlicht, sind wir der Auffassung, dass mit dem Entschließungsantrag von CDU und FDP der richtige politische Weg beschritten wird, um zielorientiert und tatsächlich hinsichtlich der Ursachenforschung kindlicher Leukämie die dringend erforderlichen Ergebnisse zu erzielen.

Die von der SPD geforderte Arbeitsgruppe, die den weltweiten Kernbestand an bislang erfolgter Tritiumforschung zusammenträgt, halten wir vor diesem Hintergrund für nicht notwendig.

Das gilt auch, zum gegenwärtigen Zeitpunkt zumindest, für die Umsetzung der Forderung, eine interdisziplinäre Sonderforschungsprojektgruppe einzurichten, die die gesundheitlichen Auswirkungen von Tritium auf Kinder, Erwachsene und das ungeborene Leben untersuchen soll.

Auch die in den Anträgen der Grünen formulierten Forderungen sind aus unserer Sicht mit unserem Antrag politisch beantwortet.

Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, dass wir in der Öffentlichkeit nunmehr einen politischen Schlagabtausch erwarten dürfen. Deutlich ist uns aber, dass die bislang bekannten wissenschaftlichen Erkenntnisse letztlich nicht überzeugend genug sind - wir machen das sehr deutlich -, um auf dieser Grundlage eine abgesicherte einseitige politische Entscheidung treffen zu können.

Es bleibt dabei: Diskutiert und geredet wurde genug. Die Vorarbeiten sind geleistet. Wir sind gegenüber den betroffenen Kindern, aber auch den Eltern, letztlich allen an Leukämie Erkrankten in der Pflicht.

An diese Verpflichtung fühlen wir uns gebunden. Deswegen wollen wir heute diesem Antrag zustimmen und den Anträgen der SPD und der Grünen nicht folgen. In diesem Sinne glauben wir, sachbezogen für die Zukunft die richtigen Weichen gestellt zu haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die SPD-Fraktion hat sich zunächst Kollegin Frau Emmerich-Kopatsch zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Böhlke, anders als Sie sind wir der Meinung, dass Ihr Antrag zur Leukämie inhaltlich durch nichts zu unterbieten ist. Man könnte ihn auch geradezu läppisch nennen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Vor allem, Herr Böhlke, wird er den möglicherweise durch Radioaktivität erkrankten Menschen in keiner Weise gerecht. Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, es ist fast nicht zu glauben, wie leichtfertig Sie mit Gefahren umgehen.

(Heidemarie Mundlos [CDU]: Das stimmt nicht!)

So steht gasförmiger radioaktiver Wasserstoff oder der im Wasser gelöste Wasserstoff radioaktiver Art im Verdacht, aufgrund seines hohen Durchdringungsvermögens bei der dauerhaften Einwirkung -

das ist wichtig: nicht einmaliger Einwirkung, sondern dauerhafter Einwirkung, wie es z. B. in der Asse passiert ist - auch in geringen Dosen ganzkörpergefährlich zu sein. Internationale Studien gehen davon aus, dass der radioaktive Wasserstoff Tritium den Wasserstoff in der menschlichen Zelle ersetzt.

Man geht weiterhin davon aus, dass sich das Tritium direkt an die DNA anlagert, dort radioaktiv zerfällt, weiterhin ionisierende Strahlung aussendet und so zu schwersten Erkrankungen führen kann, dies ganz besonders bei kleinen Kindern und beim ungeborenen Leben.

Es ist eben nicht so, wie es uns Ihre Regierungsvertreter weismachen wollten, dass es sich um einen sogenannten weichen Betastrahler handelt. Schon diese Verniedlichung ist in diesem Zusammenhang eine große Zumutung.

Dass Sie im Sozialministerium alle bisher vorhandenen Studien nicht finden konnten, erstaunt. Wir könnten Ihnen eigentlich aushelfen; wir haben nämlich sie alle ausgedruckt.

Kolleginnen und Kollegen, wir dramatisieren nicht. Seit Hiroshima und Nagasaki gibt es den dringenden Verdacht, dass Tritium ein höchst gefährlicher Stoff ist. Alle verfügbaren wissenschaftlichen Arbeiten aus Kanada, England und Rumänien belegen diese These. Unterstützt wird sie auch durch den Chefonkologen der MHH, Professor Ganser. Den wollen Sie doch nicht auch noch für unfähig halten.

Dass Sie von CDU und FDP sich damit nicht befassen möchten, kann somit nur einen einzigen Grund haben, nämlich dass Sie wissen, dass radioaktiver Wasserstoff nicht abschirmbar und somit nicht beherrschbar ist, dass Sie wissen, dass zu den geringen natürlichen Mengen, die es an Tritium auf der Erde gibt, täglich große Mengen insbesondere aus den Druckwasserreaktoren an die Umgebung abgegeben werden.

(Roland Riese [FDP]: Das ist sachlich falsch!)

Sie wissen auch, dass radioaktiver Wasserstoff die Achillesferse der Kernenergie sein könnte und somit ein K.-o.-Kriterium für den weiteren Betrieb von Kernkraftwerken und ein ungelöstes und unlösbares Problem für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Da Sie das alles wissen oder zumindest wissen könnten, wenn Sie denn lesen wollten, machen Sie lieber die Augen zu, weil Ihnen offenbar der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke wichtiger ist als das Risiko der Menschen in der Umgebung kerntechnischer Anlagen.

(Heidemarie Mundlos [CDU]: Das ist eine böswillige Unterstellung!)

- Wir unterstellen gar nichts, sondern wir appellieren an Sie: Sorgen Sie sich um die Gesundheit der Menschen, wenden Sie Schaden ab, und hören Sie auf, mit solchen Anträgen ein ernst zu nehmendes Parlament zu behelligen! Denn wenn nichts darin steht, kann man darüber auch nicht befinden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Heidemarie Mundlos [CDU]: Ganz böswillig!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Nun hat für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Tiemann das Wort. Bitte!

Petra Tiemann (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jede Regierung in Deutschland hat im Sinne des Grundgesetzes zu handeln. Da steht an erster Stelle: Jeder Mensch, jedes Kind in unserem Land hat ein Recht auf ein unversehrtes Leben.

Meine Fraktion und ich sind eigentlich immer davon ausgegangen, dass das unser aller Verfassung ist.

(Roland Riese [FDP]: Unverschämt!)

Doch das Handeln der Regierungsfractionen zeigt das zurzeit nicht im Geringsten, und das, meine Damen und Herren, ist für uns nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns doch einmal die Fakten an! Es gab den Störfall Krümmel. Es gab die gemeinsame Entschließung, den Vorfall aufzuarbeiten und die Ergebnisse der KiKK-Studie auszuwerten. Es gab eine wissenschaftliche Anhörung. Es gab und gibt Wissenschaftler, die sagen, je dichter ein Kind an einem Atomkraftwerk wohnt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es an Krebs erkrankt. Das kann man nicht negieren. Es gibt mittlerweile

im Übrigen noch mehr internationale Studien, die das bestätigen.

Es gab Wissenschaftler, die uns gesagt haben, dass der Grund - darin gebe ich Ihnen recht - noch nicht restlos aufgeklärt ist. Deshalb gab es unseren Antrag, den Antrag der Fraktion der SPD, einen weiteren Stoff, nämlich Tritium, in die Ursachenforschung einzubeziehen.

Es gab einen Antrag der Grünen, die sich erneut mit den Vorfällen in der Elbmarsch auseinandersetzen wollten.

Es gab dank der Anfrage der Samtgemeinde Asse die Erkenntnis der Häufung von Krebserkrankungen bei den Menschen, die in der Umgebung der Asse leben. Es gibt Menschen, die seit über einem Jahrzehnt anzeigen, dass sie in oder an der Asse gearbeitet haben und an Krebs erkrankt sind.

Die Menschen, die Männer, die Frauen und die Kinder, die in unserem Bundesland leben, erwarten von uns Antworten, und sie erwarten von uns Taten, und das mit recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wie sieht es aber mit Ihren Antworten aus, meine Damen und Herren von CDU und FDP? - Zuerst zogen Sie sich in endlose Beratungsschleifen zurück, dann vertröstete man sich von einer Sitzung zur nächsten, und danach kam man mit einem Antrag.

Was steht in diesem Antrag? - Ich wiederhole an dieser Stelle das, was ich Ihnen schon bei der Einbringung gesagt habe: Darin steht nichts Falsches. Der Antrag ist flach und schiebt den schwarz-gelben Peter nach Berlin. Sie machen sich hier in Niedersachsen mit einem schlanken Fuß davon. Und das, meine Damen und Herren, werden die Menschen in unserem Bundesland merken. Hier in Niedersachsen sind die Menschen erkrankt, und sie haben ein Recht auf ehrliche Antworten hier aus Niedersachsen und von diesem Hohen Haus.

(Beifall bei der SPD - Norbert Böhlke [CDU]: Richtig!)

- Genau, ehrliche Antworten.

Hören Sie auf mit Ihren salbungsvollen Reden, in denen Sie immer wieder behaupten, wie wichtig

Ihnen dieses Thema sei und wie bewusst Ihnen der Ernst der Lage sei!

Eine richtungweisende Entscheidung wäre u. a. gewesen, einen Lehrstuhl für Strahlenbiologie zur Erforschung der Ursachen dieser Erkrankungen einzurichten. Wir haben das in unserem Antrag gefordert. Was machen Sie von CDU und FDP? - Sie konzentrieren sich auf eine Endlagerforschung. Und wir, die SPD? - Wir stellen den Menschen in den Vordergrund, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von CDU und FDP, wenn Sie hier in Niedersachsen kein Geld dafür in die Hand nehmen wollen oder können, dann stimmen Sie doch der Beweislastumkehr zu! Wenn Sie hier in Niedersachsen nicht den Mumm dazu haben, dann initiieren Sie eine Bundesratsinitiative! Das, meine Damen und Herren, wäre eine gute Entscheidung für die betroffenen Menschen in Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, eine unendlich erscheinende Geschichte findet heute ein Ende - ein vorläufiges Ende. Wenn die Entscheidung so wie im Ausschuss ausfällt, dann ist das ein trauriges Ende für die betroffenen Menschen in Niedersachsen. Als ich eben „ein vorläufiges Ende“ sagte, meinte ich: Wenn Sie glauben, damit das Thema hier in Niedersachsen zu Grabe getragen zu haben, dann werden wir, die SPD, und die Menschen Niedersachsens Sie eines Besseren belehren.

Danke.

(Lebhafter Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Staudte zu diesem Tagesordnungspunkt. Bitte!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Böhlke, ich muss zunächst bemerken, dass ich Teile Ihres Redebeitrags als ausgesprochen zynisch empfunden habe, nämlich die, in denen Sie sagen, Sie würden den Menschen in der Region immer noch zur Seite stehen.

Ich muss sagen: Das Gegenteil ist der Fall. Sie wollen hier heute - das haben die Vorrednerinnen schon gesagt - das Thema „Leukämie in der Elbmarsch und Ursachenforschung“ ein für alle Mal beenden.

(Norbert Böhke [CDU]: Nein!)

- Doch!

(Norbert Böhke [CDU]: Wer sitzt denn im Harburger Kreistag? Sie oder ich?)

- Ich erläutere es Ihnen gerne noch einmal, obwohl ich das schon häufig gemacht habe.

Uns liegen heute vier Anträge zur endgültigen Entscheidung vor, von denen drei - nämlich die von SPD und Grünen - vorsehen, die Ursachenforschung zur Elbmarschleukämie und zu den Zusammenhängen zwischen Atomkraft und Leukämie weiterzubetreiben und endlich Konsequenzen zu ziehen, während einer - von Konsequenzen ist in Ihrem Antrag gar nichts zu lesen - diese Ursachenforschung faktisch beenden will; denn Ihr Antrag ist wirklich nur noch ein reiner Placeboantrag.

(Vizepräsident Hans-Werner Schwarz übernimmt den Vorsitz)

Die Verantwortung wollen Sie auf andere schieben. Mit wässrigen Formulierungen zeigen Sie mit dem Finger nach Berlin und nach Brüssel und appellieren, dass Grundlagenforschung zur Leukämie betrieben werden soll. Gegen Grundlagenforschung kann man an für sich nichts haben. Aber Sie benutzen diese Forderung dazu, alle Tätigkeiten hier in Niedersachsen einzustellen. Das machen wir nicht mit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verweigern z. B. die Entnahme neuer Bodenproben in der Elbmarsch. Dabei geht es um die Frage, ob die radioaktiven Kügelchen dort vorhanden sind oder nicht, weil Sie Angst vor dem Ergebnis haben, da nicht sein kann, was nicht sein darf.

(Roland Riese [FDP]: Nein, weil schon sehr lange gesucht wurde und nichts gefunden worden ist! Es bleibt bei sinstren Figuren!)

- Manche haben schon welche gefunden; das wissen Sie ganz genau. Oder Sie wüssten es, wenn Sie die Protokolle aus der letzten Wahlperiode gelesen hätten, Herr Ausschussvorsitzender. Das hätte eigentlich zu Ihren Aufgaben gehört.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Der Aufklärungsauftrag, den wir aus der letzten Wahlperiode mitbekommen haben, landet hier und heute im Papierkorb. Die umfangreiche Anhörung, die mit in- und ausländischen Wissenschaftlern in der letzten Wahlperiode durchgeführt worden ist, wird nicht weiterbearbeitet, und die offenen Fragen bleiben offen.

(Glocke des Präsidenten)

Die gemeinsame Suche nach den Ursachen, Herr Riese, die Ihre Vorgängerin, Frau Meißner, in sehr überzeugender und glaubwürdiger Art und Weise geleitet hat, ist heute Geschichte.

Die Leukämieserie hingegen ist weiterhin Gegenwart; denn sie ist bis heute nicht abgerissen. Die betroffenen Familien in den Landkreisen Harburg, Lüneburg und auch in dem schleswig-holsteinischen Kreis Herzogtum Lauenburg haben eigentlich ein Anrecht auf Aufklärung. Doch Sie betreiben hier business as usual.

Konsequenzenlos bleibt auch die Kinderkrebsstudie, über die wir hier im Landtag schon häufiger gesprochen haben und die einen Zusammenhang zwischen der Nähe eines Wohnorts zu einem AKW und der Wahrscheinlichkeit, an Krebs zu erkranken, herstellt. Das ist die aufwendigste Studie, die es zu diesem Thema gibt. Aber diese Landesregierung ignoriert sie. Niemand möchte Konsequenzen ziehen.

Wir haben dazu im Sozialausschuss eine Anhörung durchgeführt. Sie war sehr hochkarätig besetzt. Dort wurde wirklich sehr ausführlich diskutiert. Aber obwohl Sie immer behauptet haben, Sie würden sich noch zu internen Beratungen zurückziehen, haben wir von Ihnen keine Vorschläge dazu bekommen, wie wir hier weiter vorgehen sollen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir erwarten eigentlich von dieser Landesregierung, dass aufgezeigt wird, was die Kinderkrebsstudie für Niedersachsen bedeutet. 16 der untersuchten 40 Landkreise liegen in Niedersachsen. Die Atomaufsicht müsste also tätig werden. Die Umgebungsmessungen müssten endlich neu bewertet werden. Die Niedrigstrahlung müsste neu bewertet werden.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Staudte, Sie überziehen mächtig.

Miriam Staudte (GRÜNE):

Ja, Entschuldigung. - Wir bräuchten endlich eine Sonderprüfung für AKWs und eine Beweislastumkehrung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Nächster Redner ist für die Fraktion DIE LINKE Herr Humke. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Humke.

Patrick-Marc Humke (LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nichts sehen, nichts hören und nichts sagen: Das ist, wie ich denke, die Zusammenfassung des vorliegenden Antrags der Regierungsfractionen hier in diesem Hause, der heute vermutlich angenommen wird.

In einem zweiten Schritt muss man auch in Richtung der Praktikantinnen und Praktikanten sagen, dass hier im Umgang mit den Anträgen sehr deutlich wird, was für ein Demokratieverständnis eine Mehrheit gegenüber einer Minderheit hat. Da wird die Beratung von Anträgen über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren zum Teil verschleppt. Schauen Sie einmal auf die Drucksachenummer des ersten Antrags der Grünen, nämlich 16/113! Es ist schon eine Frechheit, dass innerhalb von zwei Jahren nicht viel beraten worden ist.

(Roland Riese [FDP]: Neun Beratungen im Ausschuss, Herr Kollege!)

Das ist eigentlich ein Skandal.

Dann hat man kurz vor Schluss einen nichtssagenden Antrag - ich habe ihn schon mit „nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“ zusammengefasst - zur Debatte und Abstimmung eingebracht. Das ist schlimm! Dagegen haben sich die anderen Anträge beispielsweise damit auseinandergesetzt, wie man nach der KiKK-Studie mit der Niedrigstrahlung umgehen soll und wie sie zu bewerten ist, ob und welche Zusammenhänge zwischen den niedersächsischen Krebsclustern und Atomkraftwerken bestehen, was sich mithilfe von neutralen Bodenproben über die Vorfälle auf dem Gelände des Forschungszentrums Geesthacht - Sie hatten das schon gesagt - aufklären lässt, was die sogenannten PAC-Kügelchen in der Elbmarsch bedeuten usw.

Selbst als am 24. November parallel zur Einbringung Ihres Antrags im Ausschuss durchsickerte, was alles an der Asse passiert ist, und auch ange-

sichts der Informationen, die wir vom Krebsregister bekommen haben, haben Sie kaum entsprechend reagiert.

Es besteht nun einmal kein Zweifel: Es gibt eine ungeklärte Häufung von Leukämiefällen und Schilddrüsenkrebserkrankungen in der ganzen Region, und zwar fand das Ganze - ich hatte es eben schon gesagt - vor dem Hintergrund statt, dass sich die Nachrichten über die fehlerhafte sowie illegale Einlagerung von unterschiedlichen Atommüllfässern in der Asse - zweieinhalb Jahre nach der entscheidenden Veröffentlichung - und die Nachrichten um den Grundwasserzulauf in die Asse ein munteres Rennen lieferten.

Dabei gibt es - und das ist unsere feste Überzeugung - viele Indizien, die geradezu nach einer Aufklärung schreien. Wie sonst will etwa die Landesregierung erklären, warum sowohl in der Elbmarsch - also im Umfeld der GKSS - als auch in der Region um die Asse zeitweilig das Phänomen auftauchte, dass sich die Zahl der Mädchengeburten signifikant reduzierte? - Das haben die entsprechenden Studien des Helmholtz-Instituts nachgewiesen. Gleichzeitig bleibt zu erwähnen, dass der Rückgang der Zahl der Mädchengeburten auch in Tschernobyl nach dem Atom-GAU ein Faktum war. Da spielte es überhaupt keine Rolle, ob der Super-GAU 1986 war, Herr Böhlke. Das sind einfache Fakten.

Die von mir genannten Punkte und die dazu aufgeworfenen Fragen lassen nur ein verantwortliches Verhalten zu, nämlich die brutalstmögliche Aufklärung. Der Antrag der Regierungsfractionen ist davon leider meilenweit entfernt und nicht zustimmungswürdig.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Böhlke hat sich zu einer Kurzintervention auf den Beitrag von Herrn Humke gemeldet. Bitte schön, Herr Böhlke, eineinhalb Minuten!

Norbert Böhlke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier wurde der Vorwurf der Verschleppung von Anträgen geäußert. Ich weise ihn auf das Schärfste zurück. Selbstverständlich dauert eine parlamentarische Bearbeitung viele Jahre lang an,

gerade bei dieser Thematik, bei der man mit Wissenschaftlern an einem Tisch sitzt. Sie haben aus unterschiedlichen Perspektiven sehr deutlich gemacht, dass eine Gewichtung der Ergebnisse eine Interpretation darstellt und keine eindeutige, unstrittige Aussage, die von allen Beteiligten geteilt wird. Deshalb braucht man halt länger, bis man zu Ergebnissen kommt. Wir haben in den Ausschusssitzungen mehrfach über die Anträge diskutiert, diese nur nicht abschließend beraten.

Das Zweite, was ich sagen möchte, ist: Eine Vermischung der Problematik Elbmarsch-Clusterbildung und Asse halte ich für vollkommen unangebracht.

(Zustimmung von Heidemarie Mundlos [CDU])

Das eine ist eine Clusterbildung in Sachen Kinderleukämie in der Elbmarsch. Bei der Asse geht es um Erkrankungen an Schilddrüsenkrebs, insbesondere bei Erwachsenen. Eine besondere Belastung von Kindern im Zusammenhang mit der Asse ist nicht festgestellt worden.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Doch! Bei den Kindern ist das auch festgestellt worden!)

Daher kann man, wie ich meine, diese Dinge nicht miteinander vermischen. Das möchten zwar einige gerne. Es ist aber nicht sachgerecht. Daher weise ich auch diese Aussage auf das Schärfste zurück.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Humke möchte antworten. Sie haben anderthalb Minuten. Bitte schön!

Patrick-Marc Humke (LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Böhlke, wir bleiben bei unserer Feststellung, dass Sie das Verfahren verschleppt haben, und zwar aus unserer Sicht in unverantwortlicher Weise;

(Norbert Böhlke [CDU]: Unverbessertlich!)

denn es geht in der Tat um die Klärung des Zusammenhangs von Endlagerung radioaktiver Stoffe oder von Atomkraftwerken und den Wirkungsweisen auf die dort lebenden Menschen.

Da schieben Sie jegliche Sensibilität einfach beiseite. Sie interpretieren die Ergebnisse der Gutachten in einer Weise, dass es gut für die Atom-

lobby und die Atomindustrie ist, und Sie legen viel zu wenig Wert darauf - das kommt erst an zweiter Stelle -, dass Kinder dort vernünftig aufwachsen können, dass Krebsfälle verhindert werden und dass auch ein Leben ohne Atomenergie möglich wäre bzw. vor dem Hintergrund der Gefahren, die in der Asse, in der Elbmarsch oder sonst so in der Nähe von Atomkraftwerken lauern, möglich sein muss.

Nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis! Sie verschleppen das Verfahren. Das dauert schon zweieinhalb Jahre. Es gibt zig Gutachten zu dem Thema. Zu welchem Ergebnis kommen Sie? - Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Das ist die Quintessenz Ihres Antrags, und das ist schäbig.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Riese.

(Unruhe)

- Kleinen Moment, Herr Riese! - Ich bitte die Abgeordneten, der Diskussion etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen. - Vielen Dank. Herr Riese, Sie haben das Wort.

Roland Riese (FDP):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die umfangreichen Diskussionen zur kindlichen Leukämie in der Elbmarsch haben bislang nicht zu gesicherten Erkenntnissen darüber geführt, was die Ursachen der dortigen Erkrankungen sein könnten. Das Nämliche gilt für das mittlerweile beobachtete Cluster in der Samtgemeinde Asse, wo Erwachsene Betroffene sind, aber auch für Erkrankungscluster wie im Kreis Cloppenburg, wo man auf eine Mülldeponie schaut, die möglicherweise die Ursache sein könnte.

Meine Damen und Herren, die Autoren der KiKK-Studie, über die wir uns hier Plenum oft und im Ausschuss noch sehr viel häufiger unterhalten haben, haben eine Zusammenfassung veröffentlicht, in der im Fazit Folgendes zu lesen ist - Zitat -:

„In Deutschland lässt sich ein Zusammenhang beobachten zwischen der Nähe der Wohnung zu einem Kernkraftwerk und dem Risiko, dass ein Kind vor seinem fünften Geburtstag an Krebs (vor allem an Leukämie) erkrankt. Warum das so ist,

lässt sich mit unseren Daten leider nicht erklären. Allerdings kommt nach heutigem Wissen Strahlung, die von Kernkraftwerken im Normalbetrieb ausgeht, als Ursache nicht in Betracht.“

So die Autoren der Studie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Quatsch!)

Es gibt eine lesenswerte Informationsschrift zu dem Thema vom Forum Medizin und Energie in Zürich, die sich aus Schweizer Sicht, aber in Kenntnis der KiKK-Studie mit der Materie befasst hat. Dieser Schrift lassen sich folgende Informationen entnehmen:

„Im Mittel werden die kosmische Strahlung und ihr Eintrag auf den Menschen mit 0,35 mSv pro Jahr gemessen, die terrestrische Strahlung mit 0,45 mSv, die Belastung aus Radon in Wohnräumen mit 1,6 mSv, die Belastungen aus Kalium 40“

- das ist ein natürliches Isotop im Körper -

„mit 0,35 mSv, diejenige aus medizinischer Radiodiagnostik mit 1,2 mSv und“

- jetzt kommt es -

„die Belastung aus der Nahumgebung von Kernkraftwerken mit 0,001 bis 0,005 mSv.“

So viel zur Größenordnung.

(Unruhe)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Riese, ich muss Sie unterbrechen. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geht so nicht. - Vielen Dank.

Roland Riese (FDP):

Danke schön. - In derselben Größenordnung wird auch die Strahlenbelastung durch Tritium aus dem Fallout von früheren Kernwaffenversuchen angenommen, mit abnehmender Tendenz in der Zeitreihe.

Tritium, meine Damen und Herren, ist ein Stoff, der in der Medizin, in der Biologie, in der Chemie und in der Produktion gewisser Gegenstände verwendet wird. Unter anderem kommt er in Rauchmel-

dern, in Leuchtzifferblättern und in langlebigen Leuchtmitteln vor.

Über diesen Stoff, seine Verwendung, seine Sicherheit, seine Umweltauswirkungen werden im Abstand von zwei bis drei Jahren regelmäßig internationale Konferenzen abgehalten. Die letzte war im Oktober 2010 in Nara, Japan, unter deutscher Beteiligung. Daher existiert international umfängliches Wissen über diesen Stoff.

Es ist natürlich zutreffend, dass in der Zukunft weitere Forschungen über die Entstehung von Leukämien erforderlich sind und dass Niedersachsen seinen Beitrag dazu leisten muss. Aber, meine Damen und Herren, das Bundesumweltministerium und die Strahlenschutzkommission haben uns gerade im Hinblick auf die KiKK-Studie darauf hingewiesen, dass nur eine nationale und eine europäische Koordination dieser Forschungen zielführend sein kann. Das hat auch mit den verhältnismäßig kleinen Fallzahlen an jedem Standort zu tun. Deswegen unser Antrag, zu dem Sie im November Zustimmung signalisiert haben. Diese fordere ich hiermit ein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Zu dem eben gehörten Beitrag haben sich Frau Emmerich-Kopatsch und Herr Wenzel zu einer Kurzintervention gemeldet. Zunächst Frau Emmerich-Kopatsch, anderthalb Minuten!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Riese, das, was Sie gesagt haben, ist ja nicht falsch. Das steht über Tritium tatsächlich in Wikipedia oder anderswo drin. Aber Sie müssen auch weiterlesen. Dann werden Sie feststellen, dass es auch andere Gefährdungen gibt.

Ich möchte Ihnen einmal sagen, dass ich mit vielen Erkrankten aus dem Bereich der Asse telefoniert habe. Sie wohnen nicht alle in der Samtgemeinde Asse, sondern zum Teil auf dem Gebiet der Stadt Salzgitter. Das sind Menschen, die keinerlei Unterstützung bekommen, von niemandem, und die jahrelang damit beschäftigt waren, radioaktive Laugensümpfe mit einem hohen Tritiumgehalt abzupumpen. Sie bekommen heute keine Anerkennung als Berufserkrankte und erhalten nur eine minimale Rente. Sie wissen nicht, wie sie ihre Fahrtkosten nach Goslar zum Arzt bezahlen sollen. Sie haben außer ihrer Lebensangst auch noch eine existenzielle Bedrohung.

Vielleicht sollten wir als Landtag uns einmal mit real existierenden Problemen beschäftigen, nämlich mit den Problemen von erkrankten Menschen, die es wirklich nicht gut getroffen haben. Statt jetzt alles so theoretisch wegzutüdeln mit irgendwelchen Schweizer Studien, in denen auch nichts Besonderes drin steht, sollten wir uns lieber einmal mit den Leuten beschäftigen, die akut erkrankt sind und jetzt unsere Hilfe brauchen, und zwar ganz, ganz dringend.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Wenzel, Sie haben das Wort ebenfalls für anderthalb Minuten.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Böhlke, Herr Riese, wir haben - darauf habe ich bereits beim letzten Mal hingewiesen - eine gemeinsame Verabredung getroffen, und zwar schon in der letzten Wahlperiode. Damals war noch der Kollege Andreas Meihies für diesen Bereich zuständig. Wir haben das seitdem weiterverfolgt.

Gegenstand der Verabredung war ein ganz klares Prozedere, auf das sich alle Fraktionen verständigt haben, nämlich dass die Fragen, die im Zusammenhang mit der Anhörung im Sozialausschuss aufgeworfen wurden, noch einmal bearbeitet werden, und zwar auch von einem Experten des Bundesamtes für Strahlenschutz

(Norbert Böhlke [CDU]: Das ist doch erfolgt!)

- das ist erfolgt; den Schritt sind Sie noch mitgegangen -, und dass man dann, wenn man auf dieser Grundlage nicht weiterkommt, unter notarieller Aufsicht an verschiedenen Stellen in der Elbmarsch noch einmal Bodenproben zieht.

Diese Verabredung ist zwischen den Fraktionen einvernehmlich getroffen worden. Ich dringe darauf, dass diese Vereinbarung umgesetzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist ein Verfahren, das mit vielen Experten erörtert wurde, u. a. mit Professor Weiss. Das Verfahren hat sich nicht irgendjemand ausgedacht, sondern das war das Ergebnis dieser dezidierten Beratungen mit den Fachleuten.

Deshalb bestehe ich darauf, dass das umgesetzt wird. Sie können sich mit diesem Antrag hier heute nicht aus der Affäre ziehen,

(Norbert Böhlke [CDU]: Das wollen wir auch nicht! - Glocke des Präsidenten)

weil Sie die Betroffenen dort weiterhin im Ungewissen lassen. Ich meine, dass wir alle so nicht verfahren können. Wir haben die Verpflichtung, hier voranzukommen.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Vielen Dank, Herr Wenzel. Die Redezeit ist abgelaufen.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Ich weiß, Herr Präsident. Deswegen war das auch mein letzter Satz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Riese, haben Sie die Absicht zu antworten?

(Roland Riese [FDP]: Ja!)

- Bitte schön!

Roland Riese (FDP):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren, es ist immer sehr schade, wenn von diesem Mikrofon aus Geschichtsschreibung betrieben wird, die sich in den Unterlagen nicht nachvollziehen lässt. Im Gegensatz zu den Ausführungen von Frau Staudte habe ich sehr sorgfältig jedes Schriftstück der vergangenen Beratungen nachvollzogen.

(Beifall bei der CDU)

Darin ist von solchen Verabredungen, wie sie Herr Wenzel hier einzuführen versucht hat, nicht die Rede. Auch meine Gewährsleute aus der Partnerfraktion

(Uwe Schwarz [SPD]: Gewährsleute! Wir sind hier im Parlament!)

wissen darüber nichts. Das ist vielleicht eine Verabredung am Rande gewesen, die Einzelne miteinander getroffen haben, die aber keinesfalls eine Verabredung zwischen den Fraktionen sein kann.

Frau Emmerich-Kopatsch hat hier gerade einen neuen Gesichtspunkt eingeführt, der in dem Antrag nicht zu lesen ist und der durchaus der Erwägung zukünftiger Beratungen wert ist.

Es ist klar: Wenn sich Personen in der Situation befinden, dass sie aus beruflichen Gründen lange Strahlung ausgesetzt gewesen sind und später Krankheiten bekommen, ist es sehr schwer, diese als Berufskrankheiten anerkannt zu bekommen.

Wir sollten dem Gesichtspunkt aber beherzt nachgehen und diese Fälle untersuchen. Ich wäre Ihnen, Frau Emmerich-Kopatsch, sehr dankbar, wenn Sie dem Ausschuss, dem Landtag Ihr Wissen zur Verfügung stellen würden. Das ist aber unabhängig von der Frage, welche Anträge wir an dieser Stelle zu beraten haben.

(Petra Tiemann [SPD]: Das ist aber ganz zynisch!)

Ich habe vielmehr - das gilt auch für das, was hier heute vom Redepult aus geäußert worden sind - den Eindruck, dass die Aufregungsindustrie - diesen Begriff hat Herr Briese heute Morgen in die Debatte eingeführt - mit Stellungnahmen bedient werden soll. Sie wollen damit politische Süppchen kochen, die mit den Erkrankungen von Menschen nichts zu tun haben, weil sie ganz andere Politikfelder angehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Detlef Tanke [SPD]: Das ist unterirdisch!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Nun hat sich Frau Ministerin Özkan zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort.

Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Krebserkrankungen in der Elbmarsch beschäftigen uns in der Tat seit langer Zeit.

Wir haben in den Debatten, die wir im Dezember, aber auch davor geführt haben, immer wieder festgestellt, dass wir eine zum Teil sehr emotionale Debatte in den Ausschüssen geführt haben.

Eines aber müssen wir festhalten: Auch wenn uns das Krebsregister die Möglichkeit gibt, entsprechende Häufungen festzustellen, wie es ja auch in der Samtgemeinde Assen geschehen ist, sodass wir entsprechende Cluster ausmachen konnten, wissen wir noch nichts über die Ursachen. Wir können hin und her reden. Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen - da haben uns auch die Experten in den Anhörungen nichts anderes mitteilen können -, dass wir die Ursache nicht feststellen konnten.

Der medizinische Fortschritt hat Verfahren zur Diagnose und Therapie ganz erheblich verbessert. Viele Ursachen von Krebs sind aber immer noch nicht genügend erforscht bzw. noch nicht bekannt. Das gilt insbesondere auch für die kindlichen Leukämien.

Die zahlreichen Studien und Untersuchungen - ich will sie hier nicht erwähnen; denn wir haben es schon häufiger getan -, wie z. B. zuletzt die KiKK-Studie, liefern zwar Erkenntnisse zu bestimmten Häufungen. Aber die Ursachen bleiben in all diesen Studien ungeklärt. Dass die zahlreichen Experten keine schlüssigen Aussagen zu den Ursachen der Erkrankungen treffen konnten, ist für uns alle und ganz besonders für diejenigen unbefriedigend, die erkrankt sind und sich eine medizinische oder wissenschaftliche Erklärung wünschen. Gleichwohl - das haben wir heute auch festgestellt - geben die Ergebnisse der KiKK-Studie Anlass, weiter der Frage nachzugehen, welche Ursachen kindliche Leukämien haben.

Meine Damen und Herren, wir wollen dem verständlichen Wunsch der Menschen in den betroffenen Regionen Rechnung tragen und zu einer umfassenden Ursachenforschung beitragen. Das habe ich bereits im Dezember gesagt. Wir haben die vorderste Aufgabe - dazu stehen wir -, zur Sachverhaltsaufklärung beizutragen.

Die Behauptung aber, dass wir nichts getan haben oder tun, ist schlichtweg nicht richtig. Bei Maßnahmen müssen wir das, was wir in Niedersachsen einführen, beeinflussen und umsetzen können, von dem auseinanderhalten, was wir bundesweit tun und begleiten können.

Um mögliche Krankheitsursachen tatsächlich einzugrenzen, benötigen wir konkretere Daten - auch das ist eben angesprochen worden. Um konkreter aufzuklären und um Maßnahmen zu ergreifen, müssen wir erst einmal feststellen, wo die Krebserkrankungen sind. Ein Instrument dafür ist das epidemiologische Krebsregister. Ich erinnere daran, das Krebsregister ist vor zehn Jahren eingeführt worden.

Wir stellen aber fest, dass wir genauere Kenntnisse haben müssen. Deswegen plädiere ich für die Einführung einer generellen Meldepflicht. Wir werden sie einführen. Dafür bereiten wir gerade einen Gesetzentwurf vor. Der sagt zwar noch nichts zur Ursache aus. Aber wir können zumindest schneller eine Eingrenzung vornehmen und entsprechend agieren.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Herzog?

Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration:

Ich würde gerne zu Ende ausführen. Danke.

Die Ursachenforschung kann aber nicht Länderaufgabe, Aufgabe eines einzelnen Bundeslandes, sein. Sie gehört in einen größeren Rahmen. Krebserkrankungen sind keine landesspezifischen Erscheinungen.

Wir müssen erkennen, dass viele Bundesländer betroffen sind. Aus diesem Grunde sehen wir in erster Linie den Bund gefordert, die weitere Ursachenforschung anzugehen. Ich meine, es macht in der Tat keinen Sinn, wenn sich jedes einzelne Bundesland mit dieser schwierigen und wissenschaftlich tatsächlich umstrittenen Materie befasst. Das ist sehr aufwändig, das ist sehr teuer, das ist sehr intensiv. Insofern meine ich, dass wir den Bund hierfür als zuständigen Ansprechpartner sehen und die Koordinierung dem Bund übergeben sollten. Darin sind wir uns mit Schleswig-Holstein einig. Dafür setzen wir uns ein.

Ich würde mich freuen, wenn wir über diese Vorgehensweise einen breiten Konsens erzielen könnten, damit wir unsere Energie darauf verwenden können, die Koordinierung durch den Bund zu begleiten und einzufordern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Wie lange sollen die Menschen denn noch warten?)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Es liegt eine weitere Wortmeldung vor. Herr Schwarz, bitte schön, nach § 71 Abs. 3 erteile ich Ihnen das Wort.

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur drei Punkte zu dem anmerken, was Sie, Frau Ministerin, gerade gesagt haben.

Gestatten Sie mir vorweg einen Satz zu Herrn Wenzel. In der Tat hat es in der vergangenen Legislaturperiode bei entsprechenden Debatten, im Hinblick darauf, dass wir über die Legislaturperiode hinaus diskutieren werden und dass wir uns auch

interfraktionell darauf verständigt hatten, dieses Thema in der neuen Legislaturperiode wieder aufzunehmen, eine Verständigung dahin gehend gegeben, dass dort Bodenproben dann gezogen werden, wenn wir in den Gesprächen mit den Wissenschaftlern nicht weiterkommen. Das ist so gewesen. Ich gestehe, dass ich diese Verabredung auch nicht mehr parat gehabt habe. Als Herr Wenzel das hier dargestellt hat, konnte ich mich sehr gut daran erinnern. Insofern stellt sich in der Tat die Frage, inwieweit wir diesen Arbeitsauftrag noch umsetzen.

Frau Ministerin, ich habe mich erstens gemeldet, weil ich es gut finde, dass Ihr Ministerium unter Ihrer Leitung einen Paradigmenwechsel in der Frage „Krebsregistergesetz“ eingeleitet hat. Es liegt in diesem Landtag ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion vor, das Krebsregistergesetz künftig so wasserdicht auszugestalten, dass Pflichtmeldungen erfolgen. Ihre Vorgängerin und die Koalitionsmehrheit haben diese Forderung konsequent abgelehnt. Es ist die einzige Möglichkeit, um eine halbwegs vernünftige Basisdatenlage in Niedersachsen zu bekommen. Es kann überhaupt nicht sein, dass wir insbesondere in dem Bereich mit der größten Leukämiehäufigkeit die schlechtesten Rückmeldungen für das Krebsregister haben. Ich denke, hier besteht großer Handlungsbedarf. Da werden wir uns ganz schnell einig.

Der zweite Punkt, auf den ich hinweisen will, sind die wissenschaftlichen Untersuchungen. In der Anhörung am 20. Mai 2009 ist von fast allen Wissenschaftlern im Ausschuss dargestellt worden - ich zitiere nur ansatzweise -: Es sind keine weiteren Forschungen mehr notwendig. Es ist absolut klar, dass alle Plausibilitätsprüfungen darauf hindeuten, dass im Umfeld von Kernkraftwerken eine deutlich höhere Leukämierate vorhanden ist. Solange das Gegenteil nicht bewiesen ist, meine Damen und Herren, geht der Schutz der Bevölkerung und der Kinder vor.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Schwarz, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Uwe Schwarz (SPD):

Noch ein Satz. - Genau vor dieser zentralen Entscheidung drücken Sie sich. Auch nach den neuesten Fällen im Umfeld der Asse haben Sie es wieder getan. Das ist nicht in Ordnung. Wir können

uns so nicht aus der Verantwortung stehlen, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Die Landesregierung hat ihre Redezeit marginal überschritten. Deswegen gewähre ich Herrn Herzog von der Fraktion DIE LINKE und Frau Staudte von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jeweils eine Minute Redezeit.

(Jens Nacke [CDU]: Eigentlich waren wir schon fertig! Eigentlich war schon alles gesagt! - Björn Thümler [CDU]: Nur noch nicht von Herrn Herzog!)

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Nacke, Sie sind ja schon fertig, bevor es angefangen hat.

(Björn Thümler [CDU]: Dass Sie ein beleidigender Mensch sind, wissen wir!)

Frau Ministerin, Sie sagen immer, nach bisherigem Wissen gebe es keine Zusammenhänge. Sie verschieben alle Dinge, wo es zu handeln gilt, und Sie beziehen - das fällt mir immer wieder auf - die kritischen Wissenschaftler nicht mit ein, die diese Zusammenhänge in ihren Forschungen ganz klar sehen, solche Wissenschaftler wie Schmitz-Feuerhake, wie Pflugbeil, wie Köhnlein. Sie lassen sie außen vor.

Aber ich hätte erwartet, dass Sie das, was Sie im Dezember angekündigt haben, nämlich das kleinräumige Monitoring, endlich konzeptionell vorstellen und darauf eingehen, wie Sie damit die Krebskrankungen um die Asse erklären wollen, und wie Sie damit klären wollen, wie die unterschiedlichen Geburtenraten zustande kommen.

Ich frage Sie ganz konkret: Warum haben Sie das Schreiben der BI Lüchow-Dannenberg bezüglich genau dieser Thematik des kleinräumigen Monitorings bisher nicht beantwortet?

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Wer soll das jetzt beantworten? Das gehört in die Fragestunde!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Staudte, auch Sie haben eine Minute Redezeit. Bitte sehr!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Herr Präsident! Frau Ministerin, Herr Riese, Sie haben beide mehrmals ausgeführt: Es gibt diesen Zusammenhang; je dichter man an einem AKW wohnt, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, an Leukämie zu erkranken; aber das beweist ja noch nichts.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist die KiKK-Studie!)

Ich möchte darauf hinweisen, dass diese Studie einen Zeitraum von 23 Jahren betrachtet. Sie betrachtet rückblickend über 23 Jahre 17 AKW-Standorte in Deutschland. Überall wurde dieser Abstandstrend festgestellt. Es gibt nun einmal keine andere plausible Erklärung dafür, als dass das etwas mit den AKW zu tun hat. Denn alles, was Sie sonst immer anführen, Viren oder sozial-schwache Familien, die um die AKW wohnen, ist nicht plausibel.

Der Abstandstrend ist nur durch die abnehmende Radioaktivität zu erklären. Das sollten Sie akzeptieren. Es ist auch nicht so, dass die Experten das nicht so sehen würden. Die Mehrheit der Experten sieht es so, wie dies gerade auch Herr Herzog ausgeführt hat.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Ihre Redezeit ist um, Frau Staudte!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Nur noch einen Satz. - Sammeln Sie bitte jetzt auch im Fall der Asse nicht einfach nur weiter Daten, und sagen Sie zum Schluss nicht:

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Aber jetzt ist Schluss, Frau Staudte!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Aber das Ergebnis beweist noch nichts.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Beratung angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die Nr. 1 der Beschlussempfehlung. Darin geht es um den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP.

Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der

Fraktionen von CDU und FDP in der Drs. 16/2990 unverändert annehmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das Erste war die Mehrheit. Es ist so beschlossen worden.

Wir kommen zur Abstimmung zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung. Dabei geht es um die Anträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Drs. 16/113 und 16/2698 und den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/1644 ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist so beschlossen worden.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Abschließende Beratung:

Förderung des grenzüberschreitenden Stromhandels - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2987 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz - Drs. 16/3216

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag unverändert anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Damit kommen wir zur Beratung. Zunächst hat sich Herr Hocker für die FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Herr Hocker, Sie haben das Wort.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen, dass das größte Hemmnis für die Grundlastfähigkeit der alternativen Energien in Deutschland und in Niedersachsen bislang in der Unfähigkeit liegt, die erzeugte Energie zu speichern. Anders als die flexible Energieerzeugung eines traditionellen Kraftwerks können wir die Sonne nicht beliebig einschalten oder den Wind wehen lassen, wenn wir in Deutschland mehr Strom benötigen.

Auch das NorGer-Kabel wird dieses Problem der Speicherung nicht vollständig beheben können. Darüber sind wir uns im Klaren. Aber es ist immerhin ein Schritt hin zu einer internationalen Kooperation, die im Interesse der Grundlastfähigkeit der erneuerbaren Energien ist und die ein Stück weit

dazu führen wird, dass die erneuerbaren Energien das Image der Unzuverlässigkeit nach und nach überwinden können. Deswegen möchten wir gern diese Kabeltrasse nach Norwegen bauen.

Wir möchten sie bauen, weil sie uns einerseits ermöglicht, unsere Stromspitzen nach Norwegen zu exportieren; andererseits ermöglicht sie gleichzeitig den Import von sauberem, aus Wasserkraft erzeugtem Strom nach Deutschland, wenn unsere Windkraft- und unsere Fotovoltaikanlagen keine ausreichende Leistung bringen, weil eben der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag passt in unsere Zeit, weil er energiepolitisch eine Lücke schließt und uns Zugang zu sauberer Wasserkraft ermöglicht und weil wir ihn gleichzeitig in einer Zeit debattieren, in der die Strompreise wiederum massiv gestiegen sind. Durch die Umlage für erneuerbare Energien und die Netzabgabe ist der Strompreis in den vergangenen Jahren und gerade erst wieder in den vergangenen Tagen in die Höhe geschnellt. Der Import von sauberem Strom aus Norwegen vergrößert den Wettbewerb auf dem deutschen Markt und bietet den Verbrauchern in Deutschland mehr Wahlmöglichkeiten. Ein größeres Angebot und mehr Wahlmöglichkeiten können zumindest zu einer Stabilisierung des Strompreises und zu einer Abfederung des Strompreisanstiegs führen.

Meine Damen und Herren, ich möchte in eigener Sache noch etwas zu der Entstehung dieses Antrags sagen.

Die Idee zu diesem Antrag ist im Rahmen der Reise des Umweltausschusses nach Norwegen entstanden. Damals waren wir uns doch eigentlich alle einig, dass es sich hierbei um ein sinnvolles Projekt handelt. Und doch konnten sich die Oppositionsparteien - zumindest im Ausschuss - nicht dazu durchringen, sich unserem Antrag anzuschließen. Das finde ich schade, weil wir Parlamentarier häufig dem Vorwurf ausgesetzt sind, nicht um die Sache zu streiten, sondern in Debatten nur das eigene Profil schärfen zu wollen und deswegen die Zustimmung zu einem Antrag der Gegenseite zu verweigern.

Diese Spielregeln werden auch in Zukunft existieren, aber ich möchte Sie trotzdem sehr herzlich einladen, dass wir im neuen Jahr auch nach Gemeinsamkeiten suchen, damit wir gemeinsam an unserem Erscheinungsbild arbeiten können. Dazu gehört es u. a. auch, Anträgen zuzustimmen, bei denen es inhaltlich keine Diskrepanz gibt, so wie